

Auch beste Böden stehen zur Disposition

Regionalverband beschließt mit knapper Mehrheit Basis für Photovoltaikanlagen in regionalen Grünzügen

Von unserem Redakteur Joachim Friedl

REGION Die grün-schwarze Landesregierung macht beim Ausbau erneuerbarer Energien zunehmend Druck. Das spürt auch der Regionalverband Heilbronn-Franken, wie bei der Sitzung des Planungsausschusses im Kulturgebäude in Leingarten deutlich wurde. Vorgaben des Landes, die bis Juli noch Rechtskraft hatten, waren kurze Zeit später bereits Makulatur.

Eindeutig ist die Stellungnahme des CDU-geführten Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen (MLW), in der es heißt: „Im Sinne des Erneuerbare-Energien-Gesetzes müssen regionale Grünzüge unverzüglich für Windkraft und Freiflächen-Photovoltaikanlagen geöffnet werden.“ Für die Verbandsverwaltung hatte dies zur Folge, dass sie ihre Planungen für den Ausbau von Photovoltaikanlagen und Solarthermie in regionalen Grünzügen auf eine neue Grundlage stellen musste, über die in Leingarten abgestimmt wurde.

Wichtigste Änderung ist nach den Worten der Regionalplaner Raphael Kist, Sascha Weisser und Annika Dehner, dass gegenüber dem Land jetzt begründet werden muss, weshalb Grünzüge nicht für Solarenergieprojekte infrage kommen. Bisher war die Rechtslage umgekehrt. Verbandsdirektor Klaus Mandel: „Zuletzt mussten wir uns rechtfertigen, warum Grünzüge beispielsweise für den Bau von Photovoltaikanlagen zugelassen werden sollen.“

Leitgedanken Um den Leitgedanken des Landes gerecht zu werden, schlug die Verbandsverwaltung um den Vorsitzenden Joachim Scholz (Schöntal) vor, regionale Grünzüge grundsätzlich für Freiflächenphotovoltaikanlagen (FFPV) zu öffnen. Geschützt werden sollen in diesen Flächen lediglich Landwirtschaft und Biotopverbünde. Damit wären etwa 25 Prozent der regionalen Grünzüge gesperrt. FFPV-Systeme mit einer Größe von mehr als zwei Hektar sind ebenfalls unzulässig. Generell erlaubt werden sollen in regionalen Grünzügen Solarthermieanlagen. Ausgewiesen werden nur nachfrageorientierte Flächen voraussichtlich ab einer Größe von 20 Hektar. Dazu zählen auch beste Böden. All diese Faktoren zusammenaddiert lässt die Verbandsverwaltung zu dem Schluss kommen, dass das vom Land formulierte Flächenziel von 0,2 Prozent für Photovoltaik in der 4765 Quadratkilometer großen Region „sicher erreichbar ist“.

Der Begriff „beste Böden“ rief in der Sitzung den FDP-Verbandsrat Georg Heitlinger auf den Plan: „Ich sehe es sehr kritisch, wie hier mit besten Böden umgegangen wird“, sagte der Landwirt aus Eppingen. Es sei der falsche Weg, beste Böden zu beanspruchen. Rückendeckung erhielt er von Nico Weinmann (Heilbronn): „Mit unserem Antrag würde die Sperrfläche auf 38 Prozent steigen“, sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP-Verbandsfraktion. Die Verbandsverwaltung kritisierte er, sie möge Landesvorgaben nicht immer gleich zu 110 Prozent erfüllen.

Zerrissenheit Die Zerrissenheit der CDU verkündete deren Fraktionsvorsitzender Timo Frey (Bad Friedrichshall): „Die Mehrheit wird den FDP-Antrag mittragen.“ Er selbst sprach sich dagegen aus und positionierte sich hinter der Verwaltungsmeinung. „Es macht uns Sorge, was hier auf die Landwirtschaft zukommt“, merkte Thomas Tuschhoff (Grüne, ÖDP, Linke) an. Geschlossen sprach sich die SPD-Fraktion für die Verwaltungslinie aus: „38 Prozent Sperrfläche, wie sie die FDP fordert, wird das Land nie genehmigen“, ist sich der SPD-Fraktionssprecher Hanspeter Friede (Bad Friedrichshall) sicher. „Wir müssen dem Flächenverbrauch Einhalt gebieten“, betonte dagegen Johannes Müllerschön (Grüne, ÖDP, Linke) aus Offenau. Knapp fiel die Abstimmung aus: 14 Verbandsräte stimmten für den FDP-Antrag, 16 mit Nein.